

Steding, Friedrich

**Article — Digitized Version**

## Vom sozialen Denken und Handeln

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Steding, Friedrich (1951) : Vom sozialen Denken und Handeln, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 12, pp. 10-12

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131429>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

nes Erachtens ist diesem Akt viel zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden, oder er ist in seiner tieferen Bedeutung überhaupt nicht erkannt worden. Wenn auch die Arbeit der wirtschaftspolitischen Ausschüsse in der breiten Öffentlichkeit nicht allzusehr bekannt geworden ist, so konnten doch dadurch manche sozialen Spannungen ausgeglichen werden und manche Voraussetzungen geschaffen werden, um dem Entstehen sozialer Spannungen vorzubeugen. Sie boten so eine Plattform für die Diskussion verschieden gerichteter Interessen und stellten Gremien dar, in denen sachliche Arbeit hätte geleistet werden können. Insofern kann der Beschluß des DGB. gar nicht genug bedauert werden.

Wenn von gewerkschaftlicher Seite argumentiert wird, daß durch diese Handlung eine Klärung der Fronten eingetreten sei, so muß das verwundern, wenn sonst in allen Deklarationen und Programmen von dem Streben nach sozialer Partnerschaft gesprochen wird. Wenn man weiter sagt, daß damit nun die Frage der Verantwortung eindeutig klargestellt sei, so ist dazu nur zu sagen, daß niemand auf die Idee gekommen wäre, die Gewerkschaften für die von der Bundesregierung verfolgte Sozial- und Wirtschaftspolitik verantwortlich zu machen. Die Politik der Bundesregierung findet auch bei Angehörigen anderer sozialer Schichten Kritik. Diese Kritik zum Ausdruck zu bringen und daraus Konsequenzen zu ziehen, ist Angelegenheit der politischen Parteien und nicht der Gewerkschaften.

Im großen gesehen können die Gewerkschaften mit ihrem Erfolg

in den letzten Jahrzehnten sehr zufrieden sein. Es kann aber für sie gefährlich werden, wenn sie sich aus einer politischen Ideologie heraus auf Forderungen zur Umgestaltung der Sozialordnung festlegen und diese zur Prestigefrage machen. Sicherlich ist eine Neuformung der Sozialordnung seit langem fällig. Die Konzeption hierzu muß aber von einer Idee getragen werden,

die aus dem Willen unseres Zeitalters zu sozialem Ausgleich herauswächst, und kann nicht aus dem überlebten Geist des Klassenkampfes heraus gebildet werden. Es könnte Aufgabe der gewerkschaftlichen Jugend sein, eine solche Idee zum Tragen zu bringen. Aber es scheint noch nicht so, als ob sich die Jugend in ihrer Organisation durchsetzen könnte. (h)

## Gefährliche Verzögerungen

Die Politik des vergangenen Jahres ist nicht nur innerhalb der Bundesrepublik, sondern ganz besonders auch in Europa gekennzeichnet gewesen von einer Verschleppung der Möglichkeiten. Die bitteren Worte Spaaks bei der Niederlegung des Präsidentenamtes in der Beratenden Versammlung des Europarates legen ein erschütterndes Zeugnis für die Ergebnislosigkeit aller bisherigen Bemühungen ab. Die schleppende Behandlung europäischer Fragen in allen europäischen Parlamenten läßt den Verdacht aufkommen, daß die projektierten Europa-Institutionen nur der Sicherstellung nationalwirtschaftlicher Interessen dienen sollen.

Die Politik der Bundesregierung hat bisher ganz bewußt unter Zurückstellung nationaler Interessen den Gedanken der wirtschaftlichen und politischen Europa-Union an erste Stelle gesetzt, was ihr oft schwere Kritik eingebracht hat. Der Besuch Dr. Adenauers in London hat gezeigt, daß England dieser Politik viel Verständnis entgegenbringt, ohne jedoch selbst in seiner Stellung zu Kontinentaleuropa Konsequenzen zu ziehen. Ob jedoch dem Kanzler innerpolitisch damit ein Gefallen getan ist, wenn man ihn in der englischen Presse den „Rheinland-Kanzler“ nennt, sei dahingestellt. Es ist ein Unglück für die Politik der Bundesregierung, daß bei Regierungsparteien und Opposition so divergierende Auffassungen darüber bestehen, welche Wege zu beschreiten sind und wie die Rangordnung der anzustrebenden Teilziele ist, um im Grunde genommen das gleiche Ziel zu erreichen. Denn die Konzeption der parlamentarischen Gegengruppen über die außenpolitische und außenwirtschaftliche Stellung Deutschlands in der Gemeinschaft Europas und der Welt ist nicht so sehr voneinander unterschieden, wie man glauben möchte. Wenn jetzt durch die hinhaltende Behandlung europäischer Fragen in allen europäischen Ländern Zweifel aufkommen sollten, ob die Realisierbarkeit der europäischen Union oder von Teilunionen in absehbarer Zeit möglich ist, so sollte man erwägen, ob nicht ein gemäßigter Wandel der Außenpolitik, deren lautere Absichten nicht verkannt werden, eine Basis für einen Weg bietet, der die Zustimmung der ganzen Nation findet.

Gefährliche Verzögerungen finden sich aber auch auf dem Gebiet der Innenpolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Verschiedene Projekte sind durch eine Unzahl von Interessenentwürfen solange hinausgeschoben worden, daß heute vielfach für solche Gesetzeswerke die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind. Man sollte den Mut haben, derartige antiquierte Vorhaben aufzugeben, auch dann, wenn solche Projekte einstmals zum Parteiprogramm gehört haben.

Optimistische Voraussagen lassen sich zum Jahreschluß nicht aussprechen. Es läßt sich nur wünschen, daß mehr Initiative entfaltet wird und daß man nicht alles hinausschiebt, was getan werden muß. (sk)

Dr. Steding, Bonn

## Vom sozialen Denken und Handeln

Das Wort „sozial“ wurde während der letzten anderthalb Jahrhunderte zu einem unentbehrlichen Bestandteil unserer Sprache. Dasjenige Denken und Handeln, das wir mit diesem Beiwort kennzeichnen, ist zu einem wesentlichen Grundzug der Politik unseres Jahrhunderts geworden. Keine politische Partei und keine Wirtschaftsgruppe wagt es, Maßnahmen, die nach der landläufigen öffentlichen Meinung als unsozial gelten, durchzusetzen.

Es muß jedoch auffallen, daß Politiker mit entgegengesetzter Konzeption soziale Motive und Ziele für die unterschiedlichsten Auffassungen in Anspruch nehmen. Kaum eine wesentliche politische Maßnahme wird heute ohne soziale Motivierung gestartet. Auch die amtliche Kennzeichnung des heutigen westdeutschen wirtschaftspolitischen Systems als „Soziale Marktwirtschaft“ macht von diesem Beiwort Gebrauch. Ob allerdings die Anhänger dieses Regierungssystems mit

dem Wort sozial dabei den gleichen Begriffsinhalt verbinden wie die wirtschaftspolitische Opposition, erscheint zweifelhaft.

Wie ist eine solche Mehrdeutigkeit zu erklären? Wortbezeichnungen, die nicht eine gegenständliche Sache, sondern einen Begriff wiedergeben, unterliegen häufig im Laufe der Zeit einem Wandel ihres Begriffsinhaltes besonders dann, wenn dieser Inhalt seinerzeit unter bestimmten Umweltbedingungen historisch gewachsen ist und sich diese Bedingungen veränderten.

Offenbar gehört das Wort „sozial“ heute zu den Begriffen, die infolge des Umweltwandels seit ihrer Entstehungszeit verschwommen geworden sind. Es läßt sich daher heute zur Kennzeichnung der verschiedenartigsten Absichten gebrauchen, ohne daß sein Gebrauch zu einer bestimmten Handlungsweise verpflichten würde. Unklarheit der Begriffe erschwert aber die Verständigung über wirtschaftspolitische Grundfragen und Grundsätze. Man sollte unklar gewordene Bezeichnungen mit neuem, zeitnahe, eindeutigem Inhalt versehen.

In der französischen Lehnsprache war „social“ immer ein weitgefaßter Begriff. Er hat nie etwas anderes bedeutet als „gesellschaftlich“. Jeder wird zugeben, daß heute bei uns z. B. mit „sozialem Empfinden“ etwas anderes gemeint zu werden pflegt als mit „gesellschaftlichem Empfinden“.

Als das Wort „sozial“ in den deutschen Sprachgebrauch übernommen wurde, stand das Abendland unter dem Eindruck der Ideen der französischen Revolution. Das Streben der damaligen Gesellschaft war auf eine revolutionäre Änderung der bestehenden Gesellschaftsordnung durch Beseitigung der damaligen Vorherrschaft von Adel, Kirche, Militär und Grundbesitz gerichtet. Es war nur erklärlich, daß ein derartiges in den Sprachgebrauch übernommenes Wort in seinem Sinne durch die gesellschaftsändernde revolutionäre Tendenz des Herkunftslandes beeinflusst wurde.

Als später durch Maschine und Technik neue gesellschaftliche Probleme durch das Entstehen eines 4. Standes, des Industriearbeiterstandes, auftraten, erhielt die gesellschaftskritische, revolutionäre Tendenz neuen Auftrieb. Damals stellte Karl Marx, ausgehend von den Lebensverhältnissen der Industriearbeiter in England, eine neue Gesellschaftslehre auf.

Damals war die rechtliche und wirtschaftliche Stellung des besitzlosen Industriearbeiters ungünstig. Es bestand die Gefahr, daß der Anteil des Besitzers von Sach- und Geldkapital am Sozialprodukt auf Kosten des Anteils des Arbeiters zu hoch wurde und durch dieses Mißverhältnis die gesellschaftliche Ordnung, die Sozialordnung, in ihrem Gleichgewicht gestört wurde.

Wer also in der damaligen Zeit für den Handarbeiter als den damals schwächsten Partner in der Gesellschaft eintrat, der handelte gesellschaftlich-sozial im Sinne der Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung einer ausgeglichenen Gesellschaftsordnung.

Wenn August Bebel die von ihm geführte Partei des damaligen 4. Standes „Sozial“-Demokraten nannte,

dann verband er offenbar damals bereits mit dem Wort „sozial“ in erster Linie Tendenzen, die die Lage nur eines Teiles der Gesellschaft, nämlich des damals benachteiligten Arbeiterstandes, gegenüber den privilegierten oder besitzenden Schichten zu verbessern bestrebt waren.

Als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Notwendigkeiten der damaligen Zeit durch Einführung einer Pflichtversicherung gegen Krankheit und Invalidität für die Lohnarbeiter Rechnung getragen wurde, da war die Gleichsetzung des Wortes „sozial“ mit einer Tendenz der Fürsorge für die schutzbedürftigen, in einem Arbeitsverhältnis stehenden Schichten bereits so fest verknüpft, daß man dieses ganze Versicherungswerk als „Sozial“-Versicherung schlechthin bezeichnete.

Die soziale Tendenz der damaligen Zeit der gegnerischen Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital war für die Begriffsprägung des Wortes „sozial“ ausschlaggebend. Sie war gekennzeichnet durch den Kampf gegen den Miethausbesitzer, der aus seiner Mietskaserne unangemessen hohe Zinseinnahmen erzielte, gegen die Bodenrente des Großgrundbesitzers, gegen den Wertpapierbesitzer, der nur mit der Couponschere arbeitete. Da nun Begriffe ebenso wie Gesetze ein den Wandel der Zeiten überdauerndes Beharrungsvermögen besitzen, so wird dem Worte „sozial“ nach landläufigem Sprachgebrauch auch heute noch in der Regel die gleiche Bedeutung der damaligen Zeit gegeben, obwohl das Kräfteverhältnis in unserer Gesellschaftsordnung ein ganz anderes geworden ist. Viele meinen, auch heute bestände und erschöpfe sich das Wesen des Sozialen darin, daß man für die Arbeit, für hohen Arbeitsertrag, für hohe Arbeitslöhne einerseits und gegen das Kapital, gegen hohen Kapitalertrag, den Zins, gegen das Hauskapital, gegen hohe Mieten andererseits eintreten müßte.

Auch die heutige Gesellschaftsordnung befindet sich nicht im Gleichgewicht und ist nicht frei von Ungerechtigkeit, so daß auch heute Änderungen zur Herbeiführung einer sozial gerechten Gleichgewichtslage notwendig erscheinen. Aber die Störungsfaktoren und das Kräfteverhältnis der einzelnen am Sozialprodukt Beteiligten ist ein anderes als damals. Will jemand ernstlich behaupten, daß der arbeitslose Kapitalertrag, die arbeitslose Bodenrente mehr als einen völlig bedeutungslosen Anteil am heutigen Volkseinkommen ausmachen? Nach der Steuerstatistik sind die Steuererträge vom Kapitalertrag ganz unerheblich, obwohl der Kapitalertrag unverhältnismäßig viel höher besteuert wird, als es im vorigen Jahrhundert der Fall war.

Krieg, Nachkriegsfolgen, Währungsreform, Bodenreform und dgl. haben eine grundlegende Änderung der Kapitalverteilung und der Einkommensschichtung bewirkt. Die Gesellschaftsordnung ist gewandelt. Die alten kapitalbesitzenden Schichten sind zerrieben oder in der Verfügungsgewalt über das verbliebene Kapital weitgehend beschränkt. Die öffentliche Hand ist zum größten Kapitalbesitzer geworden.

Die heute zu beobachtenden übertriebenen Konsum- und Luxusbedürfnisse, die auf Störung der sozialen

Ordnung schließen lassen, werden in der Regel nicht aus Kapital-, Boden- oder Hausrente bestritten. Die finanziellen Quellen des Luxusverbrauchs sind heute andere: Das Bundesministerium der Finanzen schätzt allein den durch Schmuggel eintretenden Steuer- und Zollausschlag, der in annähernd dieser Höhe ja den damit sich befassenden Kreisen zufließt, auf etwa 800 Millionen DM im Jahr. Sozial nicht berechnete Gewinne stammen heute in großem Umfange aus Spekulationen, Währungsgewinnen, Schmuggel, Steuerhinterziehungen und einer ganzen Serie anderer mehr oder weniger illegalen oder halblegalen Transaktionen, denen die gegenwärtige Verkrampfung des Wirtschaftsgefüges durch Festhalten an unnatürlichen Preisrelationen bei wichtigen Produktionsmitteln nicht nur die Möglichkeit gibt, sondern sie dazu anreizt.

Es erscheint wichtig, diese veränderte Schwerpunktbildung sozialer Schäden festzustellen. Da der soziale Begriff im deutschen Volke so fest verwurzelt ist, ist es für unsere Wirtschaftspolitik von großer Bedeutung, sich auf einen verständigen allgemein anerkannten Inhalt dieses Begriffs zu einigen.

Der Sozialbegriff in Deutschland muß von der ihm aus seiner klassenkämpferischen Frühzeit noch anhaftenden Einseitigkeit wieder zu seinem ursprünglich umfassenderen Sinne zurückgeführt werden. Wenn dies geschieht, dann kann „sozial“, abgeleitet von „gesellschaftlich“, nur der sein, der von der Notwendigkeit eines versöhnlichen Zusammenwirkens von Arbeit und Kapital ausgehend das Wohl aller Gesellschaftsschichten ohne Voreingenommenheit und Ressentiment in sein Bestreben nach gerechter Gesellschaftsordnung einbezieht. Alle, die an der Entstehung des Sozialproduktes beteiligt sind oder dazu beitragen können — einschließlich der Kapital und Boden verwaltenden oder besitzenden Schichten —, müssen bei der Verteilung des Sozialproduktes so beteiligt werden, daß sie auch weiterhin zu einer größtmöglichen Mehrung des Sozialproduktes ihren Beitrag zu leisten bereit und in der Lage sind.

Dabei muß heute darauf geachtet werden, daß die Folgen des verlorenen Krieges von allen Gesellschaftsschichten getragen werden, insbesondere, daß keine Schicht für ihren Lebensstandard einen wesentlich höheren Anteil am Sozialprodukt als vor dem Kriege auf Kosten anderer Schichten in Anspruch nehmen darf. Zu den sozial benachteiligten oder schwachen Schichten, deren Einkommen und Lebensstandard gegenüber der Vorkriegszeit unter den bisherigen Anteil am Sozialprodukt heruntergedrückt sind, gehören u. a.

die Vertriebenen, die währungsgeschädigten Rentner und Sparer,

die Hausbesitzer infolge Kriegsschäden und Mietstop,

die Beamten, deren Gehalt auf dem Stand von 1928 verblieb, ferner

Teile des Bauerntums und wesentliche Teile der freien Berufe, insbesondere der Geistesarbeiter.

Besonders nachteilig für den gesellschaftlichen Wohlstand und daher besonders unsozial ist die Gering-

schätzung geistig-wissenschaftlicher Qualitätsarbeit, für die die zu weitgehende Nivellierung der Einkommen charakteristisch ist. Wissenschaft und Forschung, die durch ihre Arbeiten immer Entscheidendes zur Wohlstandsbildung beitragen, müssen oft in ungleicher Bedürftigkeit leben.

Demgegenüber haben einige andere Gesellschaftsschichten ihr reales Einkommen gegenüber der Vorkriegszeit behaupten können. Die größte und stärkste und somit wirtschaftlich ausschlaggebende Schicht dieser Kategorie sind heute die Arbeiter und Handwerker. Ihre Löhne bzw. Verdienste sind dem gestiegenen Lebenshaltungsindex nahezu voll angepaßt. Da ihre Einkommensgruppen außerdem steuerlich begünstigt sind, liegt ihr Lebensstandard etwa auf Vorkriegeshöhe und geht zum Teil darüber hinaus. Da das Sozialprodukt durch die Kriegsfolgen pro Kopf der Bevölkerung jedoch noch erheblich niedriger ist als vor dem Kriege, verbrauchen sie einen höheren Anteil des Sozialproduktes für ihre Lebenshaltung als früher.

Alle diejenigen starken sozialen Schichten, denen es gelungen ist, sich den Kriegsfolgen weitgehend zu entziehen, sollten sich ihrer sozialen Verantwortung und Pflichten besonders gegenüber denjenigen, die bisher die Folgen des Krieges trugen, bewußt sein. Die mindeste dieser Pflichten der relativ einkommensstarken Schichten wäre, wenigstens ihren Konsum in Grenzen zu halten und nicht über ihren Vorkriegsstand zu steigern. Wenigstens sollten sie durch Sparen zur neuen Kapitalbildung beitragen, so daß mit diesem Kapital Arbeit und Verdienstmöglichkeiten auch für die durch den Krieg noch benachteiligten Schichten geschaffen werden kann.

Es ist natürlich heute politisch unverhältnismäßig viel schwieriger und vor allen Dingen unpopulärer, den breiten Schichten, die früher nur Objekt sozialer Fürsorge waren, nunmehr zum Bewußtsein zu bringen, daß sie als stärkste soziale Schicht auch stärkster Träger der sozialen Verantwortung geworden sind und daß eine solche Verantwortung nicht nur Einsicht in wirtschaftliche Zusammenhänge, sondern auch soziale Pflichten, Verzicht, Opfer und Sorge für die Zukunft der gesamten Gesellschaft in sich schließt. Die einsichtsvolle Mäßigung, die zahlreiche Gewerkschaftsführer bei der Vertretung wirtschaftlicher Interessen ihrer Mitglieder bewiesen haben, läßt hoffen, daß sie sich dieser erweiterten Verantwortung in steigendem Maße bewußt werden.

Der Beginn und die Krone allen sozialen Handelns wird aber — ohne Verkenning der Wichtigkeit gerechter Verteilung — stets die Schaffung der Voraussetzungen zur steten Neubildung von Wohlstand sein.

Wenn wir den Sozialbegriff in diesem Sinne wiederherstellen, wird es auch leichter sein, die Verzerrungen in unserem Wirtschaftsgefüge, deren Beseitigung wegen pseudosozialer Widerstände hinausgeschoben wurde, nun gerade aus wohlverstandenen sozialen Gründen auszugleichen.